



Antrag

Fraktion DIE LINKE

Vorgesehene Ausstattung der Schulen mit Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im kommenden Schuljahr gewährleisten

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird beauftragt, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um Pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einer der Zielstellung des Koalitionsvertrages zwischen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN entsprechenden Zahl von 1.800 Vollzeitäquivalenten für die Arbeit an den Schulen in Sachsen-Anhalt bis spätestens 1. Januar 2020 bereitzustellen.
2. Die Landesregierung wird dazu aufgefordert, nach Maßgabe der Ziffer 1 als erste Schritte unverzüglich 60 Neueinstellungen und zum 1. Januar 2017 weitere 100 Neueinstellungen von Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu realisieren.
3. Die Landesregierung wird weiter aufgefordert:
 - a) Die Einstellungsvoraussetzungen für Pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entsprechend der jeweiligen Einsatzfelder zu bestimmen,
 - b) eine den aktuellen Erfordernissen gerecht werdende Ausschreibungspraxis zu entwickeln.
4. Die Landesregierung wird beauftragt, den Ausschuss für Bildung und Kultur bis November 2016 über die Einstellungsvoraussetzungen und Qualifikationsanforderungen für Pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den jeweiligen Aufgabenfeldern sowie über die Personalsituation bei dieser Beschäftigtengruppe zu unterrichten.
5. Die Landesregierung wird weiterhin beauftragt, dem Ausschuss für Bildung und Kultur spätestens bis zum I. Quartal 2017 vorzutragen, welche spezifischen Ausbildungs- und Fortbildungsangebote für den Beruf Pädagogische Mitarbeiterin/ Pädagogischer Mitarbeiter für den Einsatz an Schulen in Sachsen-Anhalt bestehen und geschaffen werden sollen.

Begründung

Die Landesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, für den Bereich der Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dauerhaft ein Arbeitsvolumen von

(Ausgegeben am 24.08.2016)

1.800 Vollzeitäquivalenten bereitzustellen. Auch wenn dabei unklar ist, ob in diesem Arbeitsvolumen die Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit therapeutischen Aufgaben (PM-T) und die Betreuungskräfte einbezogen sind, beträgt nach Auskunft der Landesregierung in der Drs. 7/168 auf die Kleine Anfrage des Angeordneten Thomas Lippmann (KA 7/62) das verfügbare Arbeitsvermögen zum Beginn des Schuljahres 2016/2017 voraussichtlich lediglich 1.535 Vollzeitäquivalente, davon lediglich 1.342 Vollzeitäquivalente für pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ohne PM-T und Betreuungskräfte. Zusätzlich wurden im Lehrereinstellungsverfahren vom Juni 2016 ca. 60 Pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Lehrkräfte übernommen. Somit besteht aktuell bereits ein Defizit zum Zielwert von mehr als 300 bis zu 500 Vollzeitäquivalenten.

Die schulgesetzlich geforderten Aufgaben im Schulsystem – insbesondere die Unterstützung der Arbeit an den Förderschulen sowie an den Grundschulen mit festen Öffnungszeiten – können bei einem Mangel an entsprechend qualifiziertem Personal nicht bzw. nicht im erforderlichen Maße erfüllt werden. Darüber hinaus bedarf es zur Umsetzung der Inklusion im Schulsystem, so wie sie durch die UN-Behindertenrechtskonvention gefordert wird, neben dem entsprechenden Einsatz von Lehrkräften auch der Unterstützung durch pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Diese grundlegenden Anforderungen an das Schulsystem sind durch den bereits eingetretenen Mangel an pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern schon jetzt gefährdet. Es ist deshalb erforderlich, unverzüglich eine nennenswerte Zahl von Neueinstellungen pädagogischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorzunehmen und die weiteren jährlichen Einstellungsraten so zu bemessen, dass das bestehende Defizit innerhalb der laufenden Legislaturperiode vollständig ausgeglichen wird. Die einbringende Fraktion geht davon aus, dass ein schrittweiser Prozess zum Ausgleich des Defizits erforderlich ist, um im erforderlichen Umfang geeignetes Fachpersonal gewinnen und in die pädagogischen Prozesse einordnen zu können.

Die Fraktion DIE LINKE hält es für dringend geboten, die Personalsituation darüber hinaus exakt zu analysieren und die spezifischen Qualifikationsanforderungen sowie die daraus resultierenden Einstellungs voraussetzungen zu bestimmen.

Da bisher Neueinstellungen nur in sehr begrenztem Umfang auf diesem Gebiet vorgenommen werden konnten, nunmehr aber ein über längere Zeit anhaltender Ersatzbedarf besteht, sind entsprechende Ausschreibungsverfahren zu entwickeln und zu erproben.

Wenn der Berufsgruppe eine langfristige Perspektive gegeben wird, was die Fraktion DIE LINKE ausdrücklich begrüßt, ist es erforderlich, spezifische Ausbildungs- und Fortbildungsangebote in Sachsen-Anhalt vorzuhalten, die den Einstellungs voraussetzungen weitgehend entsprechen. Die Fraktion DIE LINKE erwartet, dass darüber der zuständige Fachausschuss unterrichtet wird.

Außerdem hält die einbringende Fraktion eine zeitnahe Information des Ausschusses für Bildung und Kultur über die aktuelle Personalsituation für unabdingbar, um erforderliche Schlussfolgerungen für den Haushaltsplan 2017/2018 ziehen zu können.

Swen Knöchel
Fraktionsvorsitzender